

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 75. Ratssitzung vom 9. Dezember 2015

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 74, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

Antrag 006.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wir möchten bei den Druck- und Vervielfältigungskosten, Konto 3101, zurück auf den Betrag der Rechnung 2013 gehen. Wir sind der Meinung, dass dieser ausreichend war. Entsprechend halten wir an diesem Antrag fest. Irgendwo muss man beginnen. Bei den Vervielfältigungskosten würde enormes Potenzial für Einsparungen bestehen. Es ist unglaublich, dass seit 2013 die Kosten um 1,8 Millionen Franken gestiegen sind.*

Shaibal Roy (GLP): *Auf diesem Konto haben durch das Projekt Zoom Umlagerungen vom Konto 3911 stattgefunden. Man kann deshalb die Kostenentwicklung nicht Eins zu Eins betrachten. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass eine weitere Reduktion der Drucktätigkeit nicht nur bei den Publikationen, sondern auch beim Werbematerial stattfindet und allgemein eine aktive Steuerung des Druckverhaltens und ein Output-Management stattfindet. Es soll vermehrt elektronisch gearbeitet werden und wann immer möglich auf physische Distribution verzichtet werden. Eine Reduktion von 10 % wäre in diesem Bereich durchaus realistisch und ist dringend notwendig.*

Walter Angst (AL): *Das Problem beim Tabellenantrag der GLP ist der Posten Schul- und Büromaterialverwaltung. Bei diesem Posten wird aufgrund der Bestellungen der Dienstabteilungen sehr genau budgetiert. Es ist nicht sinnvoll, diesen Posten zu streichen.*

Weitere Wortmeldungen:

Michel Urben (SP): *Bei den Betreibungsämtern möchte die SVP die Druckkosten um über 90 % senken. Sollte der Antrag angenommen werden, können wir die Betreibungsämter per Februar schliessen. Die Betreibungsämter haben den Auftrag, Geld einzutreiben. Zahlungsbefehle müssen im Doppel auf Papier ausgestellt werden. Es kommen diverse Schreiben, Verfahren, Verlustscheine, Pfändungsurkunden und*

weitere Dokumente dazu, die ebenfalls ausgedruckt werden müssen. Diese Dokumente müssen von Gesetzes wegen in Papierform ausgestellt werden. Der Gebührentarif des Bundes deckt die Druckkosten bei Weitem ab. Eine Senkung um 90 % würde ein gesetzeskonformes Arbeiten verunmöglichen. Dasselbe gilt im Übrigen auch für Friedensrichterämter sowie weitere Dienstabteilungen. Der weltfremde Antrag ist abzulehnen.

Roger Liebi (SVP): *Auch Gemeinderäte von der linken Seite überzeugen uns manchmal mit ihren Ausführungen, zumindest teilweise. Wir möchten nicht ganz auf die Kürzungen auf dem Konto verzichten, wechseln aber zum Antrag der GLP und ziehen unseren eigenen Antrag zurück.*

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
006.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		1 847 500		Minderheit 1	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		766 500		Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent, Christian Traber (CVP)
		Begründung: SVP: Zurück auf Rechnung 2013; GLP: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgenden 2 Tabellen			

3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten					
Kürzung auf Rechnung 2013 gemäss Liste					
					SVP
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	21 000		7 100	13 900
1007	Finanzkontrolle	10 000		5 600	4 400
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	15 000		2 300	12 700
1025	Rechtskonsulent	6 200		4 700	1 500
1035	Datenschutzbeauftragte/r	8 400		5 300	3 100
1070	Betriebungsämter	164 700		148 800	15 900
1080	Friedensrichterämter	20 300		10 400	9 900
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	15 000		8 700	6 300
1505	Stadtentwicklung	90 000		9 600	80 400
1506	Fachstelle für Gleichstellung	45 000		45 000	0
1530	Bevölkerungsamt	150 000		61 000	89 000
1560	Statistik Stadt Zürich	30 000		22 400	7 600
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	5 000		5 000	0
1565	Stadtarchiv	30 000		6 700	23 300

3 / 34

2000	FD Zentrale Verwaltung	20 000		11 100	8 900
2015	Finanzverwaltung	19 500		9 000	10 500
2021	Liegenschaftenverwaltung	80 000		2 500	77 500
2022	Wohnliegenschaften	45 000		11 200	33 800
2023	Liegenschaften ehemalige Gasversorgung	1 000		1 000	0
2025	Restaurants	22 000		9 600	12 400
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	11 000		9 300	1 700
2050	Human Resources Management	310 800		58 500	252 300
2051	Stadtweites Case Management	6 000		4 800	1 200
2052	Optimaler Berufseinstieg	2 000		2 000	0
2500	PD Zentrale Verwaltung	14 000		4 400	9 600
2506	Blaue Zonen	30 000		1 600	28 400
2520	Stadtpolizei	519 400		118 100	401 300
2525	Stadtrichteramt	32 700		24 400	8 300
2550	Schutz und Rettung	276 500		23 900	252 600
2555	Dienstabteilung Verkehr	66 000		9 000	57 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	105 500		43 000	62 500
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	92 500		45 000	47 500
3500	TED Zentrale Verwaltung	28 000		20 500	7 500
3550	ERZ, Abfall	484 000		32 800	451 200
3555	ERZ, Fernwärme	148 500		68 300	80 200
4000	HBD Zentrale Verwaltung	315 000		98 000	217 000
4020	Amt für Hochbauten	50 000		18 900	31 100
4035	Amt für Baubewilligungen	3 200		2 200	1 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	14 000		1 900	12 100
4525	Wasserversorgung	213 300		82 700	130 600
4540	Verkehrsbetriebe	886 000		197 000	689 000
5010	Schulamt	217 100		31 200	185 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	78 000		11 400	66 600
5050	Schulgesundheitsdienste	57 200		21 600	35 600
5063	Fachschule Viventa	50 200		8 800	41 400
5500	SD Zentrale Verwaltung	43 800		11 600	32 200
5510	Support Sozialdepartement	75 300		36 600	38 700
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	90 000		83 900	6 100
5520	Laufbahnenzentrum	150 300		62 100	88 200
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	48 000		47 100	900
5550	Soziale Dienste	495 000		245 000	250 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	172 500		34 900	137 600
	Total	5 883 900		1 847 500	4 036 400

3101 0000 Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1501	Kultur	409 400		40 900	368 500
1530	Bevölkerungsamt	150 000		15 000	135 000
1565	Stadtarchiv	30 000		3 000	27 000
2050	Human Resources Management	310 800		31 100	279 700
2080	Organisation und Informatik	94 500		9 500	85 000
2520	Stadtpolizei	519 400		51 900	467 500
2525	Stadtrichteramt	32 700		3 300	29 400
2550	Schutz und Rettung	276 500		27 700	248 800

2555	Dienstabteilung Verkehr	66 000		6 600	59 400
3010	Städtische Gesundheitsdienste	105 500		10 600	94 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	92 500		9 300	83 200
3500	TED Zentrale Verwaltung	28 000		2 800	25 200
3515	Tiefbauamt	207 700		20 800	186 900
3555	ERZ, Fernwärme	148 500		14 900	133 600
3560	ERZ, Stadtreinigung	187 200		18 700	168 500
4000	HBD Zentrale Verwaltung	315 000		31 500	283 500
4015	Amt für Städtebau	151 300		15 100	136 200
4525	Wasserversorgung	213 300		21 300	192 000
4540	Verkehrsbetriebe	886 000		88 600	797 400
5000	SSD Zentrale Verwaltung	101 800		10 200	91 600
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	2 000 000		200 000	1 800 000
5010	Schulamt	217 100		21 700	195 400
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	78 000		7 800	70 200
5050	Schulgesundheitsdienste	57 200		5 700	51 500
5500	SD Zentrale Verwaltung	43 800		4 400	39 400
5510	Support Sozialdepartement	75 300		7 500	67 800
5520	Laufbahnenzentrum	150 300		15 000	135 300
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	48 000		4 800	43 200
5550	Soziale Dienste	495 000		49 500	445 500
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	172 500		17 300	155 200
	Total	7 663 300		766 500	6 896 800

Roger Liebi (SVP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit 2 mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 007.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um temporäre Aktionen in der Öffentlichkeitsarbeit. Es ist sicherlich die eine oder andere sinnvolle Aktion darunter. Doch es wurde insgesamt grosszügig und mit Reserven budgetiert und man kann davon ausgehen, dass eine Kürzung von mindestens 20 % möglich ist. Auch hier haben wir geprüft, in welchen Dienstabteilungen diese Ausgaben in den letzten Jahren bereits reduziert wurden und schlagen die 20 % Kürzung bei anderen Dienstabteilungen vor.

Rebekka Wyler (SP): Die Minderheit möchte die temporären Aktionen in der Öffentlichkeitsarbeit verteidigen. Es wurde bereits mehrfach betont, dass Sicherheit wichtig ist. Der grösste Streichungsposten betrifft die Stadtpolizei. Unter anderem sind hier Kampagnen betroffen, die im Winter zur Verhinderung von Einbrüchen und Diebstählen durchgeführt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Die Begründung von Dr. Urs Egger (FDP) ist nicht sehr plausibel. Der grösste Posten ist bei der Stadtpolizei angesiedelt. Darin ist ein Verkehrssicherheitsprojekt enthalten, das von einem FDP-Parteimitglied angestossen wurde. Die FDP ist sich dessen bewusst. Trotzdem will sie hier kürzen. Es handelt sich um eine gemeinsame Aktion der Stadtpolizei und von Verbänden und Organisationen, die im Verkehr tätig sind. Die Organisationen werden sich auch finanziell an der Kampagne beteiligen. Dazu gehören unter anderem RoadCross, die City Vereinigung, Pro Velo Kanton Zürich, die Behindertenkonferenz, TCS Sektion Zürich, VCS oder auch der Gewerbeverband der Stadt Zürich. Diesen Organisationen wird durch den Streichungsantrag ein Problem bereitet. Es ist dann unklar, ob nächstes Jahr die Kampagne effektiv im angedachten Umfang stattfinden kann.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Streichung ist auf den gesamten Betrag bezogen. Es liegt an den Zuständigen, Prioritäten zu setzen. Ab und zu muss man überall Abstriche machen.

Matthias Probst (Grüne): Mich würde interessieren, wie Dr. Urs Egger (FDP) 160 000 Franken, wovon 100 000 Franken auf einen einzigen Bereich anfallen, gleichmässig verteilen will, so dass diese 100 000 Franken nicht betroffen sind.

S. - 10 3107 0000		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
007.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Minderheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		167 800		Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)

Begründung: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit					
Kürzung um 20 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	10 000		2 000	8 000
1020	Stadtkanzlei	7 000		1 400	5 600
1070	Betreibungsämter	13 000		2 600	10 400
1506	Fachstelle für Gleichstellung	30 000		6 000	24 000

1560	Statistik Stadt Zürich	30 000		6 000	24 000
2500	PD Zentrale Verwaltung	4 500		900	3 600
2520	Stadtpolizei	501 200		100 200	401 000
2550	Schutz und Rettung	55 000		11 000	44 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	54 200		10 800	43 400
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	49 000		9 800	39 200
5050	Schulgesundheitsdienste	44 500		8 900	35 600
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	7 500		1 500	6 000
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	7 000		1 400	5 600
5550	Soziale Dienste	14 000		2 800	11 200
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	12 400		2 500	9 900
	Total	839 300		167 800	671 500

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 61 Stimmen zu.

Antrag 008.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Betroffen sind Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen. Auch hier haben wir bei den angegebenen Dienstabteilungen den Eindruck, dass eine Kürzung um 20 % im Rahmen liegt.

Walter Angst (AL): 600 000 Franken sind im Tiefbauamt und bei ERZ angesiedelt. Dort sollen Maschinen gestrichen werden, die angeschafft werden sollen. Es stellt sich die Frage, ob so die Entsorgung weiterhin gewährleistet werden kann. Wenn man Tabellenanträge stellt und davon hauptsächlich zwei Dienstabteilungen betroffen sind, wäre es fair, wenn man diesen Abteilungen die Möglichkeit geben würde, zu erklären, welches die Konsequenzen wären. Wenn sie das umsetzen können, ist das in Ordnung. Ansonsten müsste man den Antrag ablehnen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3111 0000	Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
008.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag			Minderheit
			787 900		Mehrheit
					Stimmen
					Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
					Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3111 0000 Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge					FDP	
Kürzung um 20 %						
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu	
1501	Kultur	122 500		24 500	98 000	
2505	Parkgebühren	50 000		10 000	40 000	
3010	Städtische Gesundheitsdienste	55 600		11 100	44 500	
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	240 500		48 100	192 400	
3515	Tiefbauamt	408 000		81 600	326 400	
3550	ERZ, Abfall	1 336 700		267 300	1 069 400	
3560	ERZ, Stadtreinigung	1 354 300		270 900	1 083 400	
5010	Schulamt	178 800		35 800	143 000	
5500	SD Zentrale Verwaltung	43 000		8 600	34 400	
5550	Soziale Dienste	150 000		30 000	120 000	
	Total	3 939 400		787 900	3 151 500	

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 009.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Wie bereits zu Beginn der Debatte erwähnt, sind zur Reduktion des systemischen Defizits Massnahmen auf längere Sicht nötig. Dazu müssen alle Bereiche überarbeitet werden, auch der hier vorliegende. Deshalb haben wir uns zu dieser Kürzung von 5 % entschieden und werden uns dem Antrag der FDP anschliessen. Man muss sämtliche Massnahmen in Betracht ziehen.*

Walter Angst (AL): *Eine Anmerkung zum Antrag 008: Wenn die FDP Anträge in der Fraktionssitzung diskutiert, haben die anderen Fraktionen keine Kenntnis über die Überlegungen. Ich wäre dankbar, wenn so kommuniziert würde, dass die Gesamtheit des Rats nachvollziehen kann, was die Überlegungen der FDP bei einem solchen Antrag sind. Zum nun vorliegenden Antrag: Die Mehrheit der RPK vertritt die Meinung, dass es hier wenig sinnvoll ist, eine Tabellenkürzung vorzunehmen.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Tognella (FDP): *Wir laden Walter Angst (AL) gerne ein, an den Diskussionen bei der FDP mitzumachen. Wir haben mit der AL bei anderen Punkten im Budget durchaus Übereinstimmungen.*

8 / 34

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3119 0000 **Anschaffungen übrige Mobilien**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag			Mehrheit
		196 200			Minderheit

Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Saldokürzung um 5 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3119 0000 Anschaffungen übrige Mobilien					
Kürzung um 5 %					
SVP					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1501	Kultur	90 400		4 500	85 900
2025	Restaurants	210 000		10 500	199 500
2080	Organisation und Informatik	20 000		1 000	19 000
2520	Stadtpolizei	22 700		1 100	21 600
2550	Schutz und Rettung	88 000		4 400	83 600
3010	Städtische Gesundheitsdienste	26 000		1 300	24 700
3515	Tiefbauamt	81 500		4 100	77 400
3535	ERZ, Abwasser	47 500		2 400	45 100
3550	ERZ, Abfall	1 242 000		62 100	1 179 900
3555	ERZ, Fernwärme	37 000		1 900	35 100
3560	ERZ, Stadtreinigung	30 000		1 500	28 500
4525	Wasserversorgung	199 300		10 000	189 300
4540	Verkehrsbetriebe	479 500		24 000	455 500
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	220 000		11 000	209 000
5010	Schulamt	411 600		20 600	391 000
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	437 000		21 900	415 100
5063	Fachschule Viventa	32 800		1 600	31 200
5550	Soziale Dienste	55 000		2 800	52 200
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	189 200		9 500	179 700
	Total	3 919 500		196 200	3 723 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 010.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): *Ich bezweifle, dass irgendjemand in der Stadt jemals nicht gut gereinigte Büros oder Serverräume angetroffen hat. Es sind sehr hohe Standards angesetzt. Eine Kürzung scheint mir realistisch.*

Walter Angst (AL): *Die Stadt wird tatsächlich nicht sterben, wenn sie der Kürzung zustimmt. Die Minderheit ist dennoch der Meinung, dass keine Kürzung vorgenommen werden sollte.*

S. -	10 3143 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		Unterhalt und Reinigung der gemieteten Liegenschaften			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		66 500		Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3143 0000 Unterhalt und Reinigung der gemieteten Liegenschaften					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2080	Organisation und Informatik	200 000		20 000	180 000
5550	Soziale Dienste	80 000		8 000	72 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	385 200		38 500	346 700
	Total	665 200		66 500	598 700

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 011.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Reise- und Spesenentschädigungen sind ebenfalls Budgetpositionen, die oft einfach so mal eingegeben werden. Es wurde dort in den letzten Jahren wenig ausgegeben. Demnach könnte man dort auch eine Kürzung vornehmen. Bei den noch enthaltenen Posten sollte eine Kürzung von 10 % tragbar sein.

Felix Moser (Grüne): Ich habe nachgefragt, wo genau gekürzt werden soll. Im Gemeinderat soll zum Beispiel bei den Kommissionsreisen gespart werden. Diese sind aber nicht auf diesem Konto enthalten. Dieses Konto ist für das Personal vorgesehen, nicht für die Behörden. Die Spesen wurden vor einem Jahr mit den Stimmen der GLP erhöht. Deshalb haben wir hier eine Erhöhung. Wenn man bei der Stadtpolizei kürzt, streicht man etwa die Kilometerentschädigung für die Benutzung der Privatfahrzeuge der Mitarbeitenden oder die Kosten, die den Mitarbeitenden anfallen, wenn sie ihre privaten Handys für das Alarmierungskonzept verwenden.

S. -	10 3170 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
011.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		538 600		Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
		Begründung: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3170 0000 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	46 900		4 700	42 200
1501	Kultur	91 700		9 200	82 500
2021	Liegenschaftenverwaltung	130 000		13 000	117 000
2080	Organisation und Informatik	271 100		27 100	244 000
2520	Stadtpolizei	1 779 600		178 000	1 601 600
2550	Schutz und Rettung	420 000		42 000	378 000

2555	Dienstabteilung Verkehr	60 000		6 000	54 000
3515	Tiefbauamt	275 300		27 500	247 800
3535	ERZ, Abwasser	202 000		20 200	181 800
3550	ERZ, Abfall	277 500		27 800	249 700
4015	Amt für Städtebau	78 000		7 800	70 200
4020	Amt für Hochbauten	160 000		16 000	144 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	286 600		28 700	257 900
4525	Wasserversorgung	105 700		10 600	95 100
4540	Verkehrsbetriebe	310 600		31 100	279 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	53 700		5 400	48 300
5010	Schulamt	382 900		38 300	344 600
5050	Schulgesundheitsdienste	76 700		7 700	69 000
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	100 000		10 000	90 000
5550	Soziale Dienste	275 000		27 500	247 500
	Total	5 383 300		538 600	4 844 700

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 012.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Wir kommen zu den Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter, Konto 3180. Der Tabellenantrag sieht sehr heterogen aus. Es sind verschiedenste Bereiche pro Departement und pro Dienstabteilung enthalten. In der Rechnung 2014 waren hier noch 227 Millionen Franken aufgelistet. Im Budget 2015 waren es bereits 247 Millionen Franken, im Budget 2016 nun 283 Millionen Franken. Die Mehrheit möchte hier um 10 % kürzen. Die Dienstleistungen, die hier eingekauft wurden, sind sehr unterschiedlich. Über die gesamte Summe betrachtet sollte eine Einsparung von rund 10 Millionen Franken jedoch möglich sein.

Walter Angst (AL): Bei diesem Antrag sollte eine Entscheidung gut überlegt werden. In Realität würden 7 Millionen Franken bei Gemeindebetrieben gestrichen: 3 Millionen Franken bei den VBZ und 4 Millionen Franken bei ERZ. Das bewirkt, dass das Reservekonto grösser wird. Vielleicht wird dann auch ein Zusatzkredit beantragt. Man hat nicht nachgefragt, was die Folgen wären. Es wäre gut, wenn die Abfallentsorgung funktionieren würde. Auch bei der Liegenschaftsverwaltung würden die Reserven erhöht. Die Folgen dort sind unklar. Wahrscheinlich ist vor allem der Bereich Reinigung betroffen, Aufträge an Dritte in den Siedlungen. Die restlichen 2,5 Millionen Franken werden bei der Dienstabteilung Kultur und der OIZ gekürzt. Ich wage zu bezweifeln, dass das für die Stadt ein Segen ist und am Ende den finanziellen Kollaps verzögert. Der Antrag hat unabsehbare Folgen, weil es sich um grosse Beträge bei diversen Dienstabteilungen handelt.

12 / 34

Namens des Stadtrats nehmen der Vorsteher des Finanzdepartements sowie die Stadtpräsidentin Stellung.

STR Daniel Leupi: *In meinem Departement ist der Grund für den hohen Betrag auf diesem Konto die Stadionplanung. Während der letztjährigen Kürzungen wurde bewusst auf diesem Konto 1 Million Franken mehr gewährt. Nun hat das Projekt begonnen, der Wettbewerb läuft und plötzlich wird eine Kürzung für etwas verlangt, wofür man sich einst klar ausgesprochen hatte. Es geht um ein konkretes Projekt. Unternehmungen sind beteiligt und haben Beträge zugute.*

STP Corine Mauch: *Die Schwierigkeit bei den Rasenmäheranträgen besteht darin, dass sie sich quer durch die Dienstabteilungen ziehen. Es liegen extrem unterschiedliche Situationen vor. Es wird nicht geprüft, was die genauen Folgen für die Dienstabteilungen wären. Im Bevölkerungsamt sind gebundene Ausgaben zuhanden des Bundes und des Kantons enthalten aufgrund von Gebühren, die wir beim Ausstellen von Identitätskarten erheben. Wir sind verpflichtet, diese Ausgaben zu tätigen. Dies gilt auch für den Bereich Kultur, es sind Künstlerinnen- und Künstlerhonorare für das Theater am Hechtplatz enthalten. Ein Theater muss lange vorausplanen. Man ist vertraglich gebunden. Auf der anderen Seite sind auf dem Gegenkonto die Billetteinnahmen enthalten. Man kann diese Kürzung so nicht umsetzen.*

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): *Ich bezweifle, dass das Theater am Hechtplatz bei einem Budget von 6,4 Millionen Franken nicht mehr geführt werden kann. Das Positive an dieser Art von Anträgen ist, dass die einzelnen Departemente die Freiheit haben, selber zu überlegen, wo gespart werden soll. Das Theater am Hechtplatz muss also nicht unbedingt gestrichen werden.*

S. -		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
10	3180 0000				
012.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag			
				10 666 000	
					Minderheit
					Mehrheit
					Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
					Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle		

3180 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	108 000		10 800	97 200
1005	Gemeinderat	70 000		7 000	63 000
1015	Stadtrat	45 000		4 500	40 500
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	100 000		10 000	90 000
1501	Kultur	6 427 500		642 800	5 784 700
1506	Fachstelle für Gleichstellung	290 000		29 000	261 000
1530	Bevölkerungsamt	5 682 000		568 200	5 113 800
1560	Statistik Stadt Zürich	500 000		50 000	450 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	45 000		4 500	40 500
1565	Stadtarchiv	130 000		13 000	117 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	939 000		93 900	845 100
2015	Finanzverwaltung	45 000		4 500	40 500
2022	Wohnliegenschaften	1 025 000		102 500	922 500
2023	Liegenschaften ehemalige Gasversorgung	57 500		5 800	51 700
2024	Baurechte des Finanzvermögens	43 500		4 400	39 100
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	540 500		54 100	486 400
2027	Gewerbe-Immobilien	1 635 000	360 000	199 500	1 795 500
2031	Wohnsiedlungen	2 802 000		280 200	2 521 800
2050	Human Resources Management	248 000		24 800	223 200
2080	Organisation und Informatik	4 112 000		411 200	3 700 800
2505	Parkgebühren	33 000		3 300	29 700
3000	GUD Zentrale Verwaltung	198 500		19 900	178 600
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	2 783 700		278 400	2 505 300
3500	TED Zentrale Verwaltung	250 000		25 000	225 000
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	605 200		60 500	544 700
3535	ERZ, Abwasser	13 015 300		1 301 500	11 713 800
3550	ERZ, Abfall	21 158 500		2 115 900	19 042 600
3555	ERZ, Fernwärme	1 840 900		184 100	1 656 800
3560	ERZ, Stadtreinigung	3 096 500		309 700	2 786 800
4035	Amt für Baubewilligungen	175 000		17 500	157 500
4500	DIB Zentrale Verwaltung	335 000		33 500	301 500
4540	Verkehrsbetriebe	30 171 900		3 017 200	27 154 700
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	130 000		13 000	117 000
5500	SD Zentrale Verwaltung	775 000		77 500	697 500
5510	Support Sozialdepartement	114 100		11 400	102 700
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	99 000		9 900	89 100
5520	Laufbahnenzentrum	1 730 200		173 000	1 557 200
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	2 300 000		230 000	2 070 000
5550	Soziale Dienste	1 400 000		140 000	1 260 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 239 500		124 000	1 115 500
	Total	106 296 300	360 000	10 666 000	95 990 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 013.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roy Shaibal (GLP): Im Konto Post- und Telekommunikationsgebühren wäre Einsparungspotenzial in den Versandprozessen vorhanden. Rechnungen können auf elektronischem Weg versandt werden. Auch bei der OIZ sollten durch die Zentralisierung Skaleneffekte entstehen. Diese sollten sich deutlicher niederschlagen. Auch wenn es ein ambitioniertes Vorhaben ist: Wir wollen auch auf diesem Konto wieder eine Zielgrösse von 10 % vorgeben.

Walter Angst (AL): Es wäre kein Problem, wenn nicht die OIZ betroffen wäre. Von den 939 000 Franken, die reduziert werden sollen, fallen 620 000 Franken bei der OIZ an. Weil die OIZ viele Aufgaben übernommen hat, sind bei den anderen Dienstabteilungen erhebliche Kostensenkungen möglich. Wir sind daran zu prüfen, ob diese auch eintreffen. Es ist aber insgesamt kein sinnvoller Weg, ausgerechnet bei der OIZ die Telekommunikationskosten zu reduzieren.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Mario Babini (parteilos): Der Kürzungsantrag trifft vor allem die OIZ. Man sollte die Perspektive öffnen und einen Blick auf den Kanton werfen. Dieser hat ein System, das nun 24 Millionen Franken kostet statt der geplanten 7 Millionen Franken. Beim Bund wurden sogar dreistellige Millionensummen mit Informatikprojekten in den Sand gesetzt. So gesehen macht die OIZ einen sehr guten Job. Sie trägt auch dazu bei, dass andere Abteilungen mit beschränkten Personalsystemen, wie etwa beim Steueramt, mehr Aufgaben übernehmen können. Deshalb ist der Kürzungsantrag abzulehnen.

Roger Liebi (SVP): Im Kanton wird anhand einer Vier- bis Fünfjahresplanung gearbeitet und man hat Schulden im letzten Jahr eher abgebaut. Es entsteht ein gewisser Effekt. Es gilt, die Sache auch aus dieser Perspektive zu betrachten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Ich möchte die Aufmerksamkeit auf eine Dienstabteilung lenken, die stets etwas stiefmütterlich behandelt wird: Das Stadtrichteramt. Es gehört zum Polizeidepartement und hat die Aufgabe, Strafbefehle zu verschicken. Diese müssen gemäss Strafprozessordnung in Papierversion versandt werden. Ein Siebtel des Kürzungsantrags von 939 000 Franken betrifft das Stadtrichteramt. Insgesamt kostet der Versand der Strafbefehle das Stadtrichteramt 1 130 000 Franken. Die Post wird nächstes Jahr den Preis für die Briefmarken erhöhen und die Ausgaben werden dementsprechend steigen. Wenn hier gekürzt wird, können wir nicht mehr alle Strafbefehle versenden und es fliessen entsprechend weniger Einnahmen in die Stadtkasse.

15 / 34

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3181 0000 **Post- und Telekommunikationsgebühren**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
013.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag			Minderheit
		939 200			Mehrheit

Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
Shaibal Roy (GLP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3181 0000 Post- und Telekommunikationsgebühren					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1501	Kultur	406 500		40 700	365 800
1530	Bevölkerungsamt	610 000		61 000	549 000
2080	Organisation und Informatik	6 207 000		620 700	5 586 300
2506	Blaue Zonen	110 000		11 000	99 000
2525	Stadtrichteramt	1 130 000		113 000	1 017 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	172 300		17 200	155 100
4525	Wasserversorgung	155 500		15 600	139 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	125 000		12 500	112 500
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	75 000		7 500	67 500
5550	Soziale Dienste	400 000		40 000	360 000
	Total	9 391 300		939 200	8 452 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 014.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Beim Konto Entschädigungen für Planungs-/Projektierungsarbeiten Dritter handelt es sich um ein Sammelkonto. Es ist ganz klar Spielraum für Einsparungen vorhanden. Deshalb beantragen wir bei den aufgeführten Dienstabteilungen eine Kürzung um 10 %.

Walter Angst (AL): Der Antrag der Mehrheit sollte abgelehnt werden. Auch hier wären wieder zu einem erheblichen Teil Gemeindebetriebe betroffen, bei denen dann einfach die Reserven erhöht würden. Betroffen sind mit 1 Million Franken ERZ und die Liegenschaftenverwaltung mit 1,8 Millionen Franken. Die Rechnung wird nicht verbessert, wenn dort Planungskosten gestrichen werden. Gewisse Sanierungs- oder Neubauprojekte werden dadurch verzögert. Die AL hat bei der IMMO faktisch den gleichen Antrag gestellt. Wir wollen aber selbstverständlich nicht doppelt kürzen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		5 768 400		Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter					GLP
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2022	Wohnliegenschaften	2 307 100		230 700	2 076 400
2025	Restaurants	820 000		82 000	738 000
2026	Baulandreserven/Landreserven nicht Stadt	5 750 000		575 000	5 175 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 764 000		276 400	2 487 600
2031	Wohnsiedlungen	6 870 000		687 000	6 183 000
2032	Parkhäuser	45 000		4 500	40 500
2506	Blaue Zonen	25 000		2 500	22 500
2555	Dienstabteilung Verkehr	600 000		60 000	540 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	444 400		44 400	400 000
3515	Tiefbauamt	4 570 700		457 100	4 113 600
3535	ERZ, Abwasser	1 010 000	1 250 000	226 000	2 034 000
3555	ERZ, Fernwärme	3 660 000		366 000	3 294 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	27 148 000		2 714 800	24 433 200
4525	Wasserversorgung	420 000		42 000	378 000
	Total	56 434 200	1 250 000	5 768 400	51 915 800

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 015.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Wir sind der Meinung, dass die Projektbegleitung und -beratung in erster Linie durch die Mitarbeitenden der betroffenen Dienstabteilungen wahrgenommen werden sollten. Man streicht den Betrag nicht vollständig weg. Doch die Kürzung um 20 % sollte bei gewissen Dienstabteilungen vertretbar sein, wenn das Personal, das auf sehr hohem Niveau arbeitet, diese Aufgaben selber übernimmt.

Christian Traber (CVP): GLP und CVP fordern hier nicht eine Saldokürzung um 20 %, sondern eine Kürzung um 10 %, die zudem etwas anders gewichtet ist. Auch bei unserem Antrag sind die Werke dabei. Zum Einwand von Walter Angst (AL): Für das Budget bedeutet es tatsächlich keine Verbesserung. Meiner Meinung nach sollten aber auch geschlossene Rechnungskreise und Werke Sparmassnahmen, die wir anderen Dienstabteilung auferlegen, zu einem gewissen Teil mittragen. Klar ist der Effekt am Ende für das städtische Budget ein anderer. Doch eine gewisse Gleichberechtigung scheint mir angezeigt.

Walter Angst (AL): Der Antrag der FDP ist grundsätzlich sympathisch, denn er setzt beim Tiefbauamt an, bei dem diverse Projekte aufgegleist sind, die man eigentlich reduzieren müsste. Dieser Teil ist beim Antrag von CVP und GLP nicht enthalten. Doch betroffen wäre beim FDP-Antrag auch das neue HR-Konzept. Es wäre ausserordentlich problematisch, wenn man dieses nun nicht realisieren könnte. Die FDP schlägt vor, dort 150 000 Franken zu kürzen, beim Antrag von GLP und CVP fällt die Kürzung mit 78 000 Franken etwas milder aus. Um das Schlimmste zu verhindern, müsste man deshalb zur GLP wechseln. Ich hoffe allerdings, dass es eine Mehrheit geben wird, die den Antrag des Stadtrats annehmen wird.

S. -		BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
10	3186 0000				
015.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag			
		503 300			
				Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
				Minderheit 1	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

318 000

Minderheit 2 Christian Traber (CVP)
Referent, Shaibal Roy
(GLP)

Begründung: FDP: Saldokürzung um 20 %; GLP: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgenden 2 Tabellen

3186 0000 Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter					
Kürzung um 20 %					FDP
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	27 000		5 400	21 600
2015	Finanzverwaltung	100 000		20 000	80 000
2050	Human Resources Management	782 700		156 500	626 200
2520	Stadtpolizei	73 500		14 700	58 800
3000	GUD Zentrale Verwaltung	58 000		11 600	46 400
3010	Städtische Gesundheitsdienste	302 800		60 600	242 200
3515	Tiefbauamt	750 000		150 000	600 000
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000		2 000	8 000
5063	Fachschule Viventa	15 000		3 000	12 000
5510	Support Sozialdepartement	26 900		5 400	21 500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	50 000		10 000	40 000
5520	Laufbahnzentrum	54 500		10 900	43 600
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	40 000		8 000	32 000
5550	Soziale Dienste	180 000		36 000	144 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	46 000		9 200	36 800
	Total	2 516 400		503 300	2 013 100

3186 0000 Entschädigungen für Projektbegleitung Dritter					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	27 000		2 700	24 300
2000	FD Zentrale Verwaltung	72 000		7 200	64 800
2015	Finanzverwaltung	100 000		10 000	90 000
2016	Kompetenzzentrum RVZ	50 000		5 000	45 000
2050	Human Resources Management	782 700		78 300	704 400
2051	Stadtweites Case Management	50 000		5 000	45 000
2550	Schutz und Rettung	205 000		20 500	184 500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	58 000		5 800	52 200
3010	Städtische Gesundheitsdienste	302 800		30 300	272 500
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	94 000		9 400	84 600
3535	ERZ, Abwasser	50 000		5 000	45 000
3550	ERZ, Abfall	345 000		34 500	310 500
3555	ERZ, Fernwärme	21 000		2 100	18 900
3560	ERZ, Stadtreinigung	14 000		1 400	12 600
4020	Amt für Hochbauten	100 000		10 000	90 000

4040	Immobilien Stadt Zürich	320 000		32 000	288 000
4500	DIB Zentrale Verwaltung	80 000		8 000	72 000
4525	Wasserversorgung	67 500		6 800	60 700
5010	Schulamt	384 700		38 500	346 200
5520	Laufbahnenzentrum	54 500		5 500	49 000
	Total	3 178 200		318 000	2 860 200

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit (gemäss Budgetentwurf 2015)		62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(-503 300)	43 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(-318 000)	<u>20 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 43 Stimmen zugestimmt.

Antrag 016.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Es ist ein ständiges Thema im Gemeinderat, wie weit eine Zentralisierung über die OIZ stattfindet, was in den einzelnen Departementen gemacht wird und wie weit externe Unterstützung notwendig ist. Unserer Meinung nach sollte so viel wie möglich über die OIZ beziehungsweise über die bereits bestehenden Ressourcen innerhalb der Stadtverwaltung laufen. Wir schlagen deshalb eine Kürzung von 20 % bei den Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter vor.*

Walter Angst (AL): *Betroffen ist hier zum einen die Stadtpolizei. Wir werden später einen Antrag stellen, der in die gleiche Richtung geht. Betroffen ist aber auch das Amt für Zusatzleistungen. Dieses Amt hat sein Projekt zurückgestellt, weil im vorletzten Jahr gekürzt wurde. Das Projekt sollte nun realisiert werden. Der Weg würde sich holprig gestalten, wenn man hier eine Kürzung vornehmen würde. Weiter ist ein Projekt im Sozialdepartement betroffen, das versucht, das neue Fallführungssystem umzusetzen. Insgesamt empfehlen wir deshalb, den Antrag abzulehnen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *In einigen Köpfen ist durch die Zentralisierung der IT das Bild entstanden, dass die IT-Kosten nun dadurch deutlich tiefer liegen müssten. Aus meiner Sicht ist die Kostenentwicklung in den letzten Jahren bereits ein grosser Erfolg. Die OIZ ist vom Benchmarking her absolut konkurrenzfähig. Es macht aber keinen Sinn, dass sie für jedes Spezialwissen und jede einzelne Fachapplikation selber das Wissen beithält. Sie soll sich auf das Wesentliche konzentrieren können. Wenn in einer Dienst- abteilung eine spezielle Anwendung vorliegt, werden deshalb temporär externe Exper- ten beigezogen. Das ist sinnvoll. Mit der Kürzung wird eine Bereitstellung von Ressour- cen auf Vorrat gefordert, die wir so gar nicht brauchen, weil diese Experten nur selten angefordert werden. Das Steueramt konnte in den letzten Jahren dank der OIZ ganz ohne Personalwachstum 30 000 Steuererklärungen mehr verarbeiten. Es gibt zahlreiche weitere Beispiele in der Stadtverwaltung. Es ist nicht so, dass die Kosten explodieren. Die Vorstellung, sie könnten in Realität noch weiter reduziert werden, ist völlig welt- fremd. Wir sind gut unterwegs und holen in der wachsenden Stadt dank der OIZ bereits zahlreiche Effizienzgewinne heraus.*

S. -	10 3189 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		3 206 700		Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)

Begründung: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter					
Kürzung um 20 %					
FDP					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	20 000		4 000	16 000
1005	Gemeinderat	10 000		2 000	8 000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	42 700		8 500	34 200
1070	Betreibungsämter	32 800		6 600	26 200
1080	Friedensrichterämter	12 400		2 500	9 900
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	27 500		5 500	22 000
1501	Kultur	247 500		49 500	198 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	8 000		1 600	6 400

1560	Statistik Stadt Zürich	700 000		140 000	560 000
1565	Stadtarchiv	140 000		28 000	112 000
2015	Finanzverwaltung	103 000		20 600	82 400
2500	PD Zentrale Verwaltung	50 000		10 000	40 000
2506	Blaue Zonen	105 000		21 000	84 000
2520	Stadtpolizei	2 215 000		443 000	1 772 000
2525	Stadtrichteramt	513 000		102 600	410 400
2555	Dienstabteilung Verkehr	315 000		63 000	252 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	80 000		16 000	64 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 022 000		204 400	817 600
3515	Tiefbauamt	500 000		100 000	400 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	2 740 400		548 100	2 192 300
5510	Support Sozialdepartement	1 470 000		294 000	1 176 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	4 454 000		890 800	3 563 200
5520	Laufbahnenzentrum	805 100		161 000	644 100
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	420 000		84 000	336 000
	Total	16 033 400		3 206 700	12 826 700

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen zu.

BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG

Antrag 017.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass der freie Kredit mit den im letzten Jahr budgetierten 440 000 Franken richtig dotiert ist und empfiehlt, die vom Stadtrat beantragte Erhöhung zurückzunehmen.

Rebekka Wyler (SP): Die Minderheit ist der Ansicht, dass der Stadtrat für die 500 000 Franken im freien Kredit gute Verwendung hat.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Ich möchte auf die schriftliche Begründung des Mehrheitsantrags verweisen. Walter Angst (AL) hat diese in seinem Votum nicht voll ausgeführt. Wir legen hohen Wert darauf, dass die Kürzung genauso vorgenommen wird, wie sie in der schriftlichen Begründung definiert ist: «Keine Erhöhung um 60 000 Franken, keine

Unterstützung von Anlässen und Institutionen, die bereits Subventionen durch die Stadt erhalten.» Damit sind etwa das Dada-Jubiläum oder die Manifesta gemeint. Die Kürzung sollte der Begründung entsprechend umgesetzt werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Uns ist dies bewusst und wir werden dies auch befolgen. Doch es geht hier nicht um Beiträge an diese Veranstaltungen an sich. Wir haben mit dem Kanton zusammen eine Vereinbarung, dass für wissenschaftliche Konferenzen, Jubiläen von wichtigen Institutionen, Grossanlässe wie die Leichtathletik-EM oder auch regionale Anlässe Beiträge beantragt werden können, um Apéros solcher Veranstaltungen zu unterstützen. Es gibt ein klares Reglement dazu. Wenn Organisationen im Rahmen einer Veranstaltung einen Beitrag beantragen, betrifft das nur die Organisationen an sich. Es handelt sich nicht um einen generellen Beitrag an Kongresse oder Veranstaltungen. Die Beiträge werden je zur Hälfte von der Stadt und vom Kanton ausgerichtet.*

Roger Liebi (SVP): *Es hat niemand von Beiträgen gesprochen. Es handelt sich um das Konto für den freien Kredit. Ich habe lediglich gesagt, dass, wenn eine Institution bereits einen Kredit der Stadt hat, kein Geld zusätzlich ausgegeben werden sollte. Einige Institutionen erhalten mehr als genügend Subventionen und können einen Empfang aus diesem Geld finanzieren.*

S. 102	10 1015 3194 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtrat Freier Kredit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
017.	Antrag Stadtrat				500 000	Minderheit
			60 000		440 000	Mehrheit
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Keine Erhöhung, keine Unterstützung von Anlässen und Institutionen, die bereits Subventionen durch die Stadt erhalten		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 018.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir können momentan fast täglich lesen, wie diverse Unternehmen im Kanton Zürich Stellen abbauen oder verlagern. Man kann eine Produktivitätssteigerung erreichen, indem die Arbeitszeit verlängert wird oder kann die Kosten senken, indem man Arbeit ins nahe Ausland verlagert. Verschiedene Firmen gehen auch so vor, dass Fluktuationen nicht mehr aufgefangen werden. In jeder Personalstruktur sind Reserven möglich. Die Gesamtluktuation von Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung liegt über 5 %. Wir beantragen nicht, dass jede Fluktuation unersetzt bleibt. Betroffen wäre nur ein Teil davon, rund 30 %, und dies nur in der zweiten Jahreshälfte. Auch hier ist die finanzielle Lage der Stadt zu beachten. Es gibt genügend Möglichkeiten, Stellen nicht mehr wiederzubesetzen. Nach unseren Berechnungen könnten rund 20 Millionen Franken eingespart werden, basierend auf den Annahmen, die in den Begründungen ersichtlich sind.*

Walter Angst (AL): *Die Konsequenzen der Kürzung wären Leistungseinschränkungen bei zahlreichen wichtigen Dienstabteilungen. Betroffen wären zum Beispiel die Spitäler, die Heime oder die Werke. Wird in einem Spital ein Drittel der Vakanzen nicht mehr besetzt, muss bei den Betten ebenfalls ein Abbau stattfinden. Bei den VBZ müsste bei den Linien oder bei der Fahrplandichte abgebaut werden. Um dies zu vermeiden, müsste der grosse Teil der rund 400 Stellen in der Verwaltung abgebaut werden. Zuerst würde es die Stadtpolizei treffen. Es würden Patrouillen reduziert werden. Möchte man das, was hier gefordert wird, umsetzen, müsste man auch über Frühpensionierungen sprechen oder Massnahmen treffen bis hin zu Entlassungen. Man könnte nun argumentieren, es handle sich nur um eine Pauschalkürzung, die an verschiedenen Orten realisiert werden könne. Dies ist ein falsches Signal und verlogen. Es ist absehbar, dass die Umsetzung an den falschen Orten realisiert würde, nämlich dort, wo Leistungen tangiert sind. Der Antrag geht in die falsche Richtung und setzt in der Personalpolitik falsche Signale. Er ist nicht durchdacht. Zudem haben wir Rechnungsfehler festgestellt.*

Dr. Mario Babini (parteilos): *Die ganze Berechnung basiert auf teilweise inkorrekten Daten. Dort müsste man über die Bücher. Ich habe mit den Direktbeteiligten gesprochen und bin zur Ansicht gekommen, dass ein Kompromiss sinnvoll wäre. Betroffen wären 400 Stellen. Das sind zu viele. Zudem wären genau diejenigen Bereiche betroffen, die operative Leistungen erbringen: VBZ, Spitäler, Altersheime und dergleichen. Mein Vorschlag geht dahin, dem Stadtrat mehr Freiheit zu geben. Er soll dort Stellen abbauen, wo nicht direkt operative Leistungen betroffen sind, sondern in der Verwaltung, wo es gewisse Einsparmöglichkeiten gibt und hauptsächlich administrative Tätigkeiten durchgeführt werden. Das Risiko, dass das Budget insgesamt abgelehnt wird, wird mit meinem Vorschlag zumindest eingedämmt.*

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): *Niemand soll uns vorwerfen, dass wir nicht kompromissfähig seien. Auch hat Dr. Mario Babini (parteilos) gesagt, er habe mit den Zuständigen gesprochen. Ich kann mich nicht erinnern, dass er mit der RPK je gesprochen hätte. Hätte er dies getan, wüsste er, dass unser Antrag das Resultat eines Kompromisses darstellt. Es gab ursprünglich drei Anträge: Der eine kam von der FDP und forderte eine Kürzung von 28,7 Millionen Franken. Der Antrag von uns lautete auf 11,7 Millionen Franken. Wir haben wochenlang darüber diskutiert und konnten uns am Ende auf 20 Millionen Franken einigen. Das ist das Resultat dieses Kompromisses. Wir werden nicht davon abweichen.*

Florian Utz (SP): *Unserer Meinung nach besteht keine grundsätzliche Notwendigkeit, beim Personal Streichungen vorzunehmen. Der Stadtrat legt in Bezug auf das Personal ein gutes, verantwortungsbewusstes Budget vor. Das Stellenwachstum findet primär in zwei Bereichen statt: In der Kinderbetreuung – durch einen Volksentscheid bedingt – und in den Spitälern. Es handelt sich um Stellen, die vollumfänglich refinanziert sind und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht belasten. Der Antrag der Bürgerlichen hätte, wie Walter Angst (AL) ausgeführt hat, einen Leistungsabbau an verschiedenen Orten zur Folge. Wir können dem Antrag der Mehrheit deshalb nicht zustimmen. Eine knappe Mehrheit des Parlaments sieht aber einen gewissen Handlungsbedarf. Das nehmen wir zur Kenntnis. Nebst dem radikalen Antrag der Mehrheit gibt es auf der anderen Seite einen moderateren, ausgewogeneren Antrag. Dieser verlangt, dass vor allem bei Stellen, wo es nicht um direkte Leistungen für die Bevölkerung geht, genau geprüft werden soll, welche Stellen neu besetzt werden müssen. Mit diesem Vorschlag können wir uns einverstanden erklären. Wir finden es nicht falsch, dass man genau hinschaut, wo eine Wiederbesetzung notwendig ist. Wir finden es aber falsch, exakt 410 Stellen zu streichen. Im Sinne eines Kompromisses sind wir bereit, zum Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos) zu wechseln.*

Shaibal Roy (GLP): *Mit dem mittleren Teil der Begründung des Einzelantrags wären wir einverstanden. Auch unserer Meinung nach sollte der Fokus auf den Stellen in der engeren Verwaltung und nicht auf den operativen Stellen liegen. Doch der Schluss der Begründung, dass ein Ziel gesetzt werden soll, das wenn möglich angestrebt werden soll, ist kein klarer Auftrag. Wir sind der Meinung, dass in der Pflege, in der Betreuung, in der Schule ein klares Bedürfnis besteht und dort sollte ein langsamer Aufbau stattfinden. Genau in diesen Bereichen ist die Fluktuation leider höher. Es soll ein klarer Auftrag bestehen, was unternommen werden muss. Das fehlt im Einzelantrag. Wir wollen auf keinen Fall, dass es zu Entlassungen kommt. Verschiebungen wären möglich. Wenn das departementsübergreifend in der Personalplanung wahrgenommen wird, kann das auch entsprechend umgesetzt werden. Es handelt sich um eine zeitlich begrenzte Massnahme. Wir wollen nicht über Jahre hinweg am Personal herumschrauben. Doch wenn wir jetzt nicht beginnen, werden wir kurz- oder mittelfristig über andere Massnahmen sprechen müssen. Dies wollen wir um jeden Preis verhindern. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Mehrheit.*

Michael Baumer (FDP): Wir verzeichneten in den letzten Jahren ein stetiges Stellenwachstum. Wir wollen über die Fluktuation mit einem moderaten Antrag dagegen vorgehen. Doch offenbar soll jede einzelne Stelle, die in der Stadt geschaffen wurde, auf Ewigkeiten bestehen bleiben. Mich erstaunt, dass die SP den Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos) nun trotzdem im Rahmen eines Kompromisses unterstützt. In der Fraktionserklärung sagte die SP noch, sie werde den Antrag keinesfalls auch nur teilweise unterstützen und wenn notwendig sogar das ganze Budget ablehnen. Dieses Vorgehen ist unglaublich.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Wir haben uns vor allem an der Begründung des Mehrheitsantrags gestossen, an der Idee, dass in der zweiten Jahreshälfte Personal nicht mehr besetzt werden soll. Wir haben gehört, dass gewisse Bereiche besonders von Fluktuationen betroffen sind. Wir haben in der Stadt einen Versorgungsauftrag. Wenn in diesen Bereichen Leute kündigen, kann man diese nicht einfach nicht mehr ersetzen. Das Stellenwachstum fand in den letzten Jahren fast ausschliesslich bei den Spitälern und der Kinderbetreuung statt. Es wurde nun gesagt, man wolle bei der zentralen Verwaltung sparen, doch mit dem Antrag werden andere Bereiche bestraft. Wir sind auch nicht glücklich, wenn der Betrag halbiert wird. Doch die Begründung beim Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos) macht sehr viel mehr Sinn als diejenige des Antrags der FDP.

Martin Luchsinger (GLP): Wenn die linke Ratshälfte tatsächlich einen Antrag stellen möchte, sollte sie das nicht über Dr. Mario Babini (parteilos) vornehmen. Es wurde nun klar, dass der Antrag über ihn bestellt wurde. Wenn sich die linke Ratshälfte nicht getraut, ihre eigenen Interessen mit ihrem eigenen Antrag und ihrer eigenen Begründung durchzusetzen, wirft das einige Fragen zur Budgetpolitik auf. Das riecht sehr nach reiner Interessenspolitik. Die Linke hat Angst vor den Gewerkschaften. Dr. Mario Babini (parteilos) muss für sich selber entscheiden, ob er sich als Botschafter für die linke Seite benutzen lassen will. Ich finde es schade, dass linke Politik auf diese Art gemacht wird.

Dr. Mario Babini (parteilos): Diese Vorwürfe sind weit von der Realität entfernt. Die Idee kam von mir persönlich. Ich habe konstruktive Gespräche mit verschiedenen Leuten geführt. Ich verwahre mich vor dem Vorwurf, dass ich als Botschafter für dubiose Kompromisse missbraucht worden wäre.

Roger Liebi (SVP): Wir haben in der Kommission ursprünglich einen Antrag über 11,7 Millionen Franken gestellt. Niemand hat sich damals bereit erklärt, diesen Antrag zu unterstützen. Plötzlich aber ist man einverstanden, 10 Millionen Franken Einsparungen vorzunehmen. So kann man sich keine Glaubwürdigkeit schaffen. Wir haben stundenlange Gespräche geführt, die Anträge in einem Kontext gesehen, auch Anträge zurückgezogen, und nun ist man plötzlich mit einem Einzelantrag einverstanden. Natürlich ist das der parlamentarische Vorgang. Doch man hatte genügend Zeit, die Budgetanträge zu lesen. Ich halte es für absolut unseriös, wenn an einer Budgetdebatte zahlreiche Personen einem kurzfristig gestellten Antrag folgen. Wir haben ein Gesamtziel vor Augen und werden uns nicht auf Deals einlassen, die das Gesamtziel dann wieder aus den Augen verlieren.

Dr. Urs Egger (FDP): Vor drei Stunden sagte die SP in ihrer Fraktionserklärung noch ganz klar, dass sie keine Kürzungen im Personalbereich will. Und plötzlich stimmt sie einer Kürzung um 10 Millionen Franken zu. Es wird noch weitere Personalanträge geben. Dort erwarte ich, dass die SP konsequenterweise gleich entscheidet. Wir werden bei den weiteren Abstimmungen sehen, wie konsequent die SP sich verhalten wird.

Niklaus Scherr (AL): Ein gewisses Unbehagen seitens derer, die sich in der RPK engagiert auf die Budgetdebatte vorbereitet haben, ist nachvollziehbar. Doch das Wesentliche einer Budgetdebatte ist ihre Unmittelbarkeit und dazu gehören auch wechselnde Positionsbezüge. Jeder Einzelne hat das Recht, an einem bestimmten Punkt Allianzen zu wechseln, um ein Gesamtergebnis zu erzielen, dass für ihn besser stimmt. Wir haben nun die Konstellation, dass ein parteiloses Ratsmitglied in der Debatte ein sehr grosses Gewicht erhält. Dieses Ratsmitglied versucht, mit dieser Rolle als Parteiloser, in die er unfreiwillig kam, zurechtzukommen, und versucht, hier einen Mittelweg zu finden. Einige haben sich etwas weit zum Fenster hinausgelehnt und akzeptieren nun das kleinere Übel. Es gibt verschiedene Tonalitäten in dieser Frage, wie man mit solchen Kürzungen umgeht. Wenn ein Weg aufgezeigt wird, mit dem ein Schaden verringert werden kann, gehört es zur parlamentarischen Logik, dass man diesen vielleicht nutzt. Wir unterstützen in dieser Abstimmung allerdings den Stadtrat.

Florian Utz (SP): Es wurden nun verschiedene Vorwürfe geäussert. Die Wahrheit ist: Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat ein gutes Budget vorgelegt hat. Wir möchten deshalb auch den Antrag des Stadtrats unterstützen, sind aber auch pragmatisch und sehen, dass es für diesen Antrag keine absolute Mehrheit geben wird. Das ist bedauerlich. Die SP übernimmt selbstverständlich Verantwortung. Wir haben gesagt: Falls die Bürgerlichen hier 410 Stellen streichen, muss die Mehrheit dafür hinstehen. Mehrere bürgerliche Parteien hätten auch bei einem Obsiegen dieses Antrags das Budget am Ende offenbar abgelehnt. Wenn man sich in einer wichtigen Frage in einem Kompromiss findet, tragen wir ihn in der vorliegenden Abstimmung mit und stehen auch in der Schlussabstimmung zu diesem Kompromiss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der vorliegende Antrag sowie die Anträge 21 und 22 sind letztlich die Anträge, die entscheiden, ob sich eine Mehrheit für das Budget findet. Die bürgerliche Seite hat hier ein strukturelles Problem, da sie zwar einzelne Punkte durchsetzt, aber am Schluss keine Mehrheit für das Budget sichern kann. In dieser Lage wurden offensichtlich Gespräche geführt, in der Dr. Mario Babini (parteilos) Verantwortung dafür übernommen hat, dass es am Ende zu einer Mehrheit für das Budget kommt. Zur Sache an sich: 20 Millionen Franken sind ein sehr ehrgeiziger Betrag. 10 Millionen Franken sind eine realistische Zahl, die man erreichen kann. Wir sind bestrebt, diese auch zu erreichen. Der bisherige Mehrheitsantrag ist nicht realistisch. Niemand will am Vormittag vor einem Tram stehen, das aus Fluktuationsgründen besatzungslos auf die Strasse geschickt wird. Wir haben in gewissen Bereichen – VBZ, Spitäler – ganz klare Aufträge. Wir werden dort auch refinanziert. In diesem Sinne ist der Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos) vorzuziehen.

27 / 34

S. -	10 1060 3010 0800	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für teilweise nicht besetzte Stellen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat				Minderheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			20 730 000	-20 730 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Fluktuationen von 1,9 % in der zweiten Jahreshälfte nicht ersetzen

Dr. Mario Babini (parteilos) stellt folgenden Antrag zum Budget:

S. -	10 1060 3010 0800	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für teilweise nicht besetzte Stellen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
018a.			10 000 000		-10 000 000	Dr. Mario Babini (parteilos)
			Begründung: Die Rechnung schneidet in diesem Bereich jeweils besser ab als das Budget. Im Weiteren soll der Fokus vor allem auf den Bereich zentrale Verwaltungsaufgaben gelegt werden, um nicht direkt operative Stellen einzusparen. Als Zielsetzung wird eine Einsparung in der Grösse von 10 Millionen Franken angestrebt.			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(-20 730 000)	62 Stimmen
Antrag Stadtrat/Minderheit		9 Stimmen
Antrag Dr. Mario Babini (parteilos)	(-10 000 000)	<u>54 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit ausgeschieden.

28 / 34

2. Abstimmung:

Dem Antrag von Dr. Mario Babini (parteilos) wird mit 63 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Antrag 019.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Bei diesem Antrag geht es um die zentrale Verwaltung. Es gibt ein Departement, das auch mit weniger Stellen in der zentralen Verwaltung funktioniert. Das sollte auch in anderen Departementen möglich sein. Wir schlagen eine Kürzung um 700 000 Franken vor, die durch eine kleine Reorganisation den Departementen entsprechend realisiert werden soll.

Rebekka Wyler (SP): Mir ist unklar, welche Stellen genau gemeint sind. Es gibt auch hier ehrlichere Anträge, zum Beispiel beim Hochbauamt. Dort wird klar gesagt, dass nicht alle Planungsstellen nötig sind. Dort kann man darüber diskutieren. Doch der hier vorliegende Antrag bleibt kryptisch und ist in den Augen der Mehrheit der RPK wenig durchdacht.

S. -	10 1060 3010 0820	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für Stellenreduktion Zentrale Verwaltung	Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
019.	Antrag Stadtrat					
			700 000		- 700 000	Mehrheit Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Enthaltung Vizepräsident Walter Angst (AL)

Begründung: Im Schnitt 1,5 Stellen pro Departement in der 2. Jahreshälfte streichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

29 / 34

Antrag 020.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Die Abfindungen für unverschuldete Entlassungen und Anderes stellen ein Problem dar. Dies wurde zu Beginn auch von der RPK-Präsidentin erwähnt. Wir empfehlen, den vom Stadtrat beantragten Betrag von 1 Million Franken zu streichen.

Walter Angst (AL): Das Personalrecht der Stadt sieht vor, dass bei unverschuldeten Entlassungen Zahlungen geleistet werden. Die RPK wird dabei stets im Detail informiert. Im Departement von Stadtrat Leupi wurden diese Kosten reduziert, da Dienstabteilungen offensichtlich angewiesen wurden, mit diesen Massnahmen vorsichtiger umzugehen. Dies ist ein Erfolg und wird von der RPK gewürdigt. Allerdings ist der Betrag von rund 2,5 bis 3 Millionen Franken in der Ära Vollenwyder auf rund 1,7 bis 2 Millionen Franken gesunken. Bei diesem Antrag geht es um Budgetkorrektheit und Transparenz. Es wäre nicht richtig, den Betrag vollständig zu streichen. Es handelt sich um Ausgaben, die anfallen werden.

S. 111	10 1060 3010 0850	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
020.	Antrag Stadtrat				1 000 000	Mehrheit
			1 000 000		0	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP)
			Begründung: Kürzung im Sinne einer konsequenten Sanierung der Stadtfinanzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 021. und 022.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Anträge 021 und 022 sind unmittelbar miteinander verknüpft. Es geht um die Summe, die für individuelle Lohnmassnahmen zur Verfügung steht. Der

Stadtrat hat diese bereits reduziert. Es geht in die richtige Richtung. Die Mehrheit ist der Meinung, dass hier noch mehr reduziert werden könnte und beantragt, den Betrag auf die Hälfte zu kürzen.

Walter Angst (AL): *Die Fragestellung ist hier, ob man eine kohärente Personalpolitik betreiben will. Der Stadtrat hat verschiedene Massnahmen zur Reduktion der Personalausgaben geprüft und ein Paket geschnürt. In diesem Paket war die Reduktion der Matrix für das Städtische Lohnsystem von 1 auf 0,5 enthalten. In diesem Konto sind zum einen individuelle Prämien enthalten, die die einzelnen Dienstchefs der Dienstabteilungen verteilen. Der andere Teil besteht aus individuellen Erhöhungen, die erteilt werden können, damit die Mitarbeitenden in einem Lohnband am richtigen Ort eingestuft werden können. Jeder Lohnchef hat ein beschränktes Kontingent für Erhöhungen zur Verfügung. Das ist ein Konstruktionsfehler des Lohnsystems aus der Ära Vollenwyder, das dringend abgeschafft werden müsste. Wenn aber nun diese Kürzung vollzogen wird, werden nicht nur die Massnahmen zur Reduktion der Lohnausgaben untergraben. Den Dienstchefs wird dadurch auch die Möglichkeit genommen, eine aktive Personalpolitik zu betreiben. Wir halten es für wenig sinnvoll, im Rahmen eines Systems nun schnell einen Parameter auf 50 % zu senken.*

Weitere Wortmeldung:

Dr. Mario Babini (parteilos): *Wenn man eine Unternehmensentwicklung langfristig betrachtet, gehört die Personalpolitik zu den wichtigsten, grundlegenden Merkmalen, durch die ein Arbeitgeber als zuverlässig und attraktiv wahrgenommen wird. Die Stadt und ihre Mitarbeiter erhalten in den Bevölkerungsbefragungen sehr gute Noten für ihre Leistungen. Im Sinne der Kontinuität und aus der Überlegung heraus, dass hier bereits gekürzt wurde, wäre es angemessen, dem Stadtrat zu folgen.*

Roger Liebi (SVP): *Dies ist einer der Anträge, die durchaus direkt mit dem Ziel 17/0 zu tun haben. Der Finanzvorstand konnte sich damals in den Departementen nicht ganz durchsetzen. Es ist vermutlich schwierig, in diesem Bereich alle zu überzeugen. Doch selbst der rot-grüne Stadtrat vertrat hier einst die Meinung, man müsse daran arbeiten. Weil sich in anderen Bereichen neue Erträge ergeben haben, wurde diese Meinung nun wieder geändert. Ich weiss nicht, ob das weitsichtige Politik ist.*

Shaibal Roy (GLP): *Wir finden auch, dass Lohnmassnahmen ausgeführt werden sollen. Diese sollten aber in einer geringeren Masse stattfinden, auch in Anbetracht der negativen Teuerung und des budgetierten Verlusts. Die vom Stadtrat angedachten Massnahmen können durchaus auch im Rahmen von Kürzungen durchgeführt werden. Wir haben das so vorbesprochen. Auch hier hat ein Kompromiss stattgefunden. Wir sagen Ja zu Lohnmassnahmen in einem Umfeld, in dem bei Unternehmungen, die einen Verlust schreiben und dann noch Boni ausschütten, ein riesiger Aufschrei durch die Menge gehen würde. Wir wollen mit unserem vernünftigen und nachhaltigen Antrag die Lohnmassnahmen reduzieren, aber nicht auf 0 senken.*

Walter Angst (AL): Laut meinen Informationen trifft das, was Roger Liebi (SVP) sagte, nicht ganz zu. Der Stadtrat hat die Lohnmassnahmen meines Wissens im Rahmen von 17/0 als Paket behandelt. Es wird uns nämlich in den nächsten Monaten ein Antrag überwiesen, der die Reduktion des Arbeitgeberanteils an die Pensionskasse beantragt. In diesem Gesamtpaket erwähnte der Stadtrat, dass er die Matrix nicht auf 0 senken will. Man will ein Lohnsystem haben, in dem man den Dienstchefs die Möglichkeit geben will, Prämien auszuschütten. Im Gegenzug will man dann dem Gemeinderat den Antrag stellen, die Pensionskassenbeiträge anzupassen. Das gesamte Paket sieht vor, dass in den nächsten vier Jahren die Matrix bei 0,5 belassen wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die Idee, den Faktor bei 0 festzulegen, existierte vor der Gesamtauslegeordnung über alle möglichen Bereiche, zu denen auch die Pensionskasse und die Arbeitszeitrevision gehören. Bei der Gesamtauslegeordnung hat man sich dann wieder für 0,5 entschieden. Die Mitarbeitenden der Stadt bieten eine hochklassige Leistung. Das zeigt auch die Bevölkerungsbefragung. Die Stadt ist sicher und sauber, sie bietet eine gute Gesundheitsförderung. Das Personal soll deshalb selbstverständlich auch eine Lohnentwicklung erhalten, wenn es über eine Qualifikation eine gute Note erhält. Die öffentliche Hand zahlt dieses Jahr Lohnmassnahmen im Bereich zwischen 0,2 % und 2,7 % aus. Mit dem Antrag auf 0,25 würde sich die Stadt dieses Jahr in der öffentlichen Hand im unteren Bereich bewegen, und dies vor dem Hintergrund einer fast ausgeglichenen Rechnung. In der RPK gab es offensichtlich den Antrag, auf 0 hinunterzugehen. Vergangenes Jahr übrigens machte die FDP in ihrer Fraktionserklärung folgende Aussage: «Offenbar will der sonst so sozial eingestellte Stadtrat dem Personal Leistungszulagen kürzen. Die FDP stellt sich klar gegen solches Ansinnen.»

S. 111	10 1060 3010 0858	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Löhne im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
021.	Antrag Stadtrat				9 850 000	Minderheit
			4 925 000		4 925 000	Mehrheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Keine individuellen Lohnmassnahmen, Faktor von 1,0 auf 0,25 anstatt 0,5 gemäss Stadtrat			

32 / 34

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 022.

Wortmeldungen siehe Antrag 021.

S. 111	10 1060 3010 0859	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Sammelkredit für die Anpassung der Sozialleistungen im Zusammenhang mit den Lohnmassnahmen nach Städtischem Lohnsystem (SLS)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				1 247 300	Minderheit
			623 700		623 600	Mehrheit
		Begründung:	Keine individuellen Lohnmassnahmen, Faktor von 1,0 auf 0,25 anstatt 0,5 gemäss Stadtrat			
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 60 Stimmen zu.

Antrag 023.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Rebekka Wyler (SP): *Wir haben darauf verzichtet, einen Antrag bei den Lohnmassnahmen zu stellen. Ich teile die Meinung von Stadtrat Leupi, dass das städtische Personal einen tollen Job macht und dafür honoriert werden soll. Im Rahmen der Sparbemühungen wurden die Reka-Checks für das Personal abgeschafft. Wir bedauern dies. Es stellt eine Einbusse für das Personal dar und wäre ein Beitrag an die Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Wir hätten gerne ein Zeichen gesetzt und dem Personal die Reka-Checks wieder zurückgegeben. Das städtische Personal sollte die nötige Wertschätzung erfahren.*

Walter Angst (AL): *Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man auch hier den personalpolitischen Massnahmen des Stadtrats folgen sollte.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Urs Egger (FDP): *Wir sind gegen die Wiedereinführung von Reka-Checks. Die beim vorangehenden Antrag von Stadtrat Leupi vorgetragene Aussage aus unserer Fraktionserklärung vom letzten Jahr war ein einzelner Satz, der aus dem Gesamtkonzept herausgerissen wurde. Wir haben letztes Jahr auch einen Antrag auf Senkung der Lohnsumme gestellt. Es war stets unsere Strategie, dass man die Lohnsumme an sich betrachtet. Da nun ein tieferer Betrag bei der Lohnsumme vorliegt, kann man auch bei den Lohnmassnahmen etwas machen. Doch es sollten nicht noch zusätzlich Reka-Checks finanziert werden.*

Roger Liebi (SVP): *Rebekka Wyler (SP) hat erwähnt, wie die SP für das Personal einsteht. Ich möchte darauf hinweisen, dass SP, Grüne und AL in der heutigen Sitzung bei der Stadtverwaltung 200 Stellen gekürzt haben. Dazu müssen sie stehen. Das ist nicht mit Reka-Checks wiedergutzumachen.*

S. -	10 1060 3096 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Verbilligungen für das Personal				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
023.	Antrag Stadtrat			1 900 000	1 900 000	<p>Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)</p> <p>Minderheit Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)</p>
			Begründung:		Wiedereinführung des verbilligten Bezugs von Reka Rail Reisegutscheinen in allen Dienstabteilungen	

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 40 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 76, Beschluss-Nr. 1493/2015).

34 / 34

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat